

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1909**

191 (24.8.1909) 1. Blatt



# Badischer Beobachter.

## Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Er erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Für Karlsruhe durch Fräulein G. K. monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 3,25, durch den Briefträger ins Haus gebracht, M. 3,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

**Beilagen:**  
 Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt **„Stern und Plumen“**.  
 Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt **„Blätter für den Familienkreis“**.

**Anzeigen:** Die sechspaltige Beilage oder deren Raum 26 Pfa., Reklamen 60 Pfa., Lokalanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.  
 Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).  
 Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Feuilleton: Dr. Theodor Weber; für Ausland, Nachrichten und den allgemeinen Teil: Franz Wabli; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich für Anzeigen und Reklamen: Hermann Wabli in Karlsruhe.

**7. Von einem „Fälscherkunststückchen“**  
 er barmherzigster Art“ schreiben sozialdemokratische Blätter und reden sozialdemokratische Agitatoren in Bezug auf eine Gegenüberstellung der Besitz- und der Verbrauchssteuern in dem Flugblatt des Volksvereins für das katholische Deutschland über die Reichsfinanzreform. Es wird von den sozialdemokratischen Agitatoren behauptet, in dem Flugblatt sei bei den Besitzsteuern alles zusammengezählt, was in Staat und Gemeinde und Reich bezahlt wurde, bei den indirekten Steuern seien aber nur diejenigen, die das Reich nimmt, eingestellt, während die indirekten Steuern der Einzelstaaten und die Verbrauchssteuern der Städte außer Betracht gelassen seien. Diese Behauptung ist unseres Wissens zum ersten Male von dem bekannten Freiburger Korrespondenten des Volksfreunds in Verfassungen und — z. B. am 5. August — auch in der Presse vertreten worden. Ihm nachschreibend finden wir sie als Programmnummer in so ziemlich allen sozialdemokratischen Brandreden wider die „München-Blabberer“ abgedruckt. Wie verhält es sich nun damit? Gewiss, es wird in der Sache, von wem, werden wir gleich sehen.

Das Volksvereinsflugblatt stellt fest:

Es werden im ganzen deutschen Reich insgesamt an Reich, Staat und Gemeinden bezahlt:

a) Besitzsteuern:	2065,1 Millionen
nämlich:	
1. Einkommensteuern mit allen Zuschlägen	778,9 Millionen
2. Sonstige direkte Steuern (Einkommen-, Erbschafts-, Grund- und Gewerbesteuer, Kapitalrentensteuer)	827,1 „
3. Grundbesitz- und Stempelsteuern (Wohlfahrts-, Werts-, Lotterien- u. Stempel, die sich durchweg die bemittelten Klassen treffen)	258,9 „
4. Luxussteuern (Weinsteuern, Tabak, Zölle u. andere Luxussteuern)	40,2 „
	1905,1 Millionen
Dazu kommen jetzt neu Bewilligt:	
Reichsbeiträge	185,0 „
Schammwein- und Verbrauchsteuer	25,0 „
Tabaksteuer	225 „
Zus. wie oben:	2065,1 Millionen
b) Steuer auf entbehrliche Genussmittel (Alkohol, Tabak)	598 Millionen
nämlich bisherige Steuer und Zoll 373 Millionen	
dazu neu Bewilligt	225 „
c) Zölle und Steuern auf allgemeine Verbrauchsgüter	801,5 Millionen
nämlich Zölle und Steuern auf Lebensmittel einschließlich der neuen Zinsbolssteuer und des Kaffeegolles	773,0 Millionen
Die übrigen Zölle auf industrielle Rohstoffe, Salzsäure, Farbstoffe, Fertigwaren betragen 70,0 Millionen (M.).	
Gundabgabe, sonstige Verbrauchs- und Verbrauchssteuern, die mehr allgemein belasten	28,5 „

Das gibt nun rund 2065 Millionen Besitz- und 1400 Millionen Verbrauchssteuern. Der sozialdemokratische Reizitus reduziert nun aus dem Budget des deutschen Reiches aus, daß das Reich allein schon 1400 Millionen

Verbrauchssteuern erhebt; daraus geht hervor, daß die Behauptung des Volksvereinsflugblattes, daß in den von ihm oben unter b und c angegebenen Zahlen auch die Steuern der Einzelstaaten und Gemeinden enthalten seien, grober Volksbetrug sei. Gemacht, edler Don! Die indirekten Steuern der Einzelstaaten und der Gemeinden sind in den Ziffern ebenso enthalten wie diejenigen des Reiches. Das hätte der Kritiker 1. schon aus der letzten Nummer unter c (Zölle und Steuern auf allgemeine Verbrauchsgüter) erkennen können. Gundabgabe zc. ist doch keine Reichsteuer. Der Herr Kritiker hat 2. die Statistik des Flugblattes eben nur oberflächlich gelesen und nicht entdeckt, daß von den Zöllen und indirekten Steuern ein Teil bereits unter a (Besitzsteuern) gezahlt wurde, nämlich die Luxussteuern (Weinsteuern, Tabak und andere Luxussteuern) macht 40,2 Millionen). Er hat ferner 3. übersehen, daß unter c 70 Millionen Industriezölle eingeschrieben sind, wie ausdrücklich vermerkt ist (weil sich bezüglich deren über die Belastung der einzelnen Klassen nichts feststellen läßt). Damit ist der Unterschied, welchen der sozialdemokratische Kritiker herausrechnen will, schon aufgeklärt. Damit ist aber auch aufgeklärt, wer in diesem Falle geschwindelt hat und Volksbetrug treibt. Die vom Volksverein gegebene Statistik ist den amtlichen Angaben der Reichsstatistik entnommen, die von der Regierung zur Erklärung und Begründung der Finanzvorlage veröffentlicht worden sind. Sie ist hieb- und stichfest nach jeder Richtung und kann eine Nachprüfung wohl ausstehen. Nicht aber ist dies der Fall bei den sozialdemokratischen Behauptungen und Brandreden, die geradezu wimmeln von unbewiesenen Behauptungen und frechen Verdächtigungen wie das vorliegende Beispiel wieder zeigt und die auf die leichtfertige Art und Weise erhoben werden in der Annahme, daß doch etwas hängen bleibt. Man vergleiche dazu z. B. die rühmliche Anstalt, die der „Volksfreund“ auch gerade bezüglich des obigen Kunststückchens in der Freiburger Tagespost“ erschienenen Briefe über die Reichsfinanzreform“ erhebt. Ob er jetzt wohl so ernstlich ist und seinen „Irrtum“ eingesteht?

**Die staatlich privilegierten Kirchenräuber in Frankreich.**  
 Der hochwürdigste Herr Erzbischof von Paris hat unterm 14. August dieses Jahres an die Pfarrer seiner Erzbischöflichkeit ein Schreiben gerichtet, das sich mit dem Raub der Kirchengüter durch den Staat (gewöhnlich mit einem Fremdwort „Säkularisation“ genannt) beschäftigt. Es lautet:

Paris, den 14. August 1909.  
 Herr Pfarrer!

Das „Journal officiel“ vom 11. d. M. hat die Liste der Güter veröffentlicht, die den öffentlichen Anstalten des Kultus in dem Departement der Seine angehörend. Diese Liste enthält nahezu vierzig Seiten. An ihrer Spitze steht die National-Basilika des Heiligen Genesius, die auf Montmartre mit allem, was dazu gehört, deren besondere Verhältnisse noch eine Streiffrage bei den Gerichten bilden, und auf welche alle Katholiken Frankreichs, die dieselbe mit ihren Beiträgen errichteten, Rechtsansprüche zu machen haben.

Die Liste zählt sodann die beweglichen und un-

weglichen Güter und Renten auf, mit denen die Freigebigkeit der Gläubigen seit einem Jahrhundert die erzbischöfliche Mensa, das Metropolitankapitel, die Seminare, das Pflegehaus für alte und gebrechliche Priester, die Pfarrkirchen und die Pfarrkassen der Diözese Paris dotiert hat. Es ist dies das letzte Vorspiel der Plünderung: in kürzester Frist werden diese Güter durch den Staat an Anstalten seiner Wahl überwiehen werden.

Ehe dieser Raub ausgeführt wird, haben wir das Recht, laut dagegen zu protestieren. Kraft unseres bischöflichen Amtes und unseres Eides sind wir der Güter dieses heiligen Eigentums und müssen feierlich erklären, daß man dasselbe nicht angreifen kann, ohne alle göttlichen und menschlichen Rechte mit Füßen zu treten.

Als eine vollkommene, von Gott auf Erden gegründete Gesellschaft, um die Menschheit zur ewigen Glückseligkeit zu führen, hat die Kirche von dem höchsten Herrn aller Dinge das Recht erhalten, die zur Erfüllung ihrer Mission nötigen zeitlichen Güter zu besitzen. Zudem die Kinder der Kirche ihr freiwillig diesen Teil der Güter gegeben haben, wollten sie ihr das bleibende Verfügungsrecht über dieselben sichern. Der Staat selbst hatte der Kirche durch zahlreiche Gesetze und Dekrete in unserem Lande den ruhigen Besitz derselben zugesichert. Alle diese Rechtsmittel tritt man mit Füßen, indem man die Kirche beraubt.

Umsonst behauptet man, um die Ungerechtigkeit zu beschönigen, daß, weil unsere kirchlichen Anstalten durch das Trennungsgesetz aufgehoben sind, ihre Güter jetzt herrenlos geworden seien. Selbst wenn dies wahr wäre, genügt es denn, jemanden das Leben zu nehmen, um das Recht zu haben, sich dessen Eigentum zu bemächtigen, unter dem Vorwand, daß es herrenlos sei? Aber wenn man auch unseren Anstalten willkürlich ihre Existenz absprechen könnte, sie existieren doch noch immer und sind immer noch fähig, die Dienste zu leisten, zu denen die christliche Liebe sie mit Gaben ausgestattet hat. Es ist immer noch ein Erzbischof in Paris, der die Aufgabe hat, für die geistlichen Interessen dieser großen Erzbischöflichkeit zu sorgen; noch ist ein Metropolitankapitel vorhanden, um der heiligen Pflicht des Gebetes obzuliegen; noch sind Seminare da, wo die zukünftigen Priester unterrichtet und gebildet werden; immer noch gibt es Veteranen des Priestertums, die zu beherbergen und in ihrem Alter und ihren Gebrechen zu unterstützen sind; noch sind Parzellen mit ihren Gärten da, um für das Heil der Seelen zu sorgen. Ueberdies ist noch immer die Kirche da, die wahre Eigentümerin der Gaben ihrer Kinder, die Kirche, die lebt und handelt durch diese verschiedenen Organe, und kein menschliches Gesetz ist imstande, sie zu vernichten.

Wir erklären darum, daß die Güter, die den Anstalten in dieser Diözese angehört haben, der Kirche gehören und immer gehören werden, und daß jede Aneignung dieser Güter, die ohne ihre Zustimmung geschieht, vor der Gerechtigkeit und vor Gott nichtig sein und bleiben wird.

Wir erinnern daran, daß jeder, der es ohne die Erlaubnis der kirchlichen Obrigkeit wagen sollte,

solche Güter zu verkaufen, zu kaufen, zu mieten, in irgend welcher Weise zu persönlichem Vorteil zu benutzen, eine Ungerechtigkeit begehen würde, die ihn zur Rückertstattung verpflichtete, und daß er der Strafe der Exkommunikation verfallen würde.

Wir erinnern ferner daran, daß die Verwalter der öffentlichen Anstalten, denen diese Güter zugewiesen werden könnten, die Erlaubnis zur Benützung derselben nur unter der Bedingung haben, daß sie sich so viel als möglich den Intentionen der Stifter anschließen und bereit sind, diese Güter, sobald dies möglich sein wird, den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben.

Endlich erinnern wir noch daran, daß diese Grundstücke und diese Rechtsbestimmungen sich in gleicher Weise auf die Güter beziehen, welche den religiösen Genossenschaften genommen worden sind.

Wir berufen uns in Betreff aller bereits erfolgten Veräußerungen, sowie derjenigen, die man zu begehen im Begriffe steht, auf das Urteil des Gewissens aller anständigen Menschen und auf die Gerechtigkeit Gottes.

Sie werden, Herr Pfarrer, diese Verwahrungen und Warnungen zur Kenntnis Ihrer Pfarrfinder bringen.

Wir empfehlen Ihnen außerdem, aus dem „Journal officiel“, das wir Ihnen schicken, einen Auszug zu machen von dem, was Ihre Pfarrei betrifft, diesen Auszug in der Kirche anzulegen zu lassen und bezüglich der angezeigten Güter und Renten, die darauf ruhenden Verpflichtungen beizufügen, welche meistens in Messen und Gebeten für die Verstorbenen bestehen.

So werden die Gläubigen die Nachteile kennen lernen, die in Ihrer Pfarrei den Lebenden und Toten zugefügt werden.

Sie werden dann auch sehen, ob das eine oder andere der eingezogenen Güter noch durch gerichtlichen Anspruch gerettet werden kann.

Durch einen neuen Angriff auf das Eigentumsrecht hat das Gesetz das Recht der Einrede auf die direkten Erben der Geber beschränkt, und das Gesetz muß in dem Zeitraum von 6 Monaten, von 14. Aug. an gerechnet, eingereicht werden. Es ist eine Pflicht für alle, denen dieses Recht belassen wurde, dasselbe ohne Verzug auszuüben, um die Erfüllung des Willens der Stifter sicher zu stellen. Beim erzbischöflichen Sekretariate werden sie alle nötige Anweisung erhalten, welche Schritte sie zu tun haben.

Es ist kaum nötig, beizufügen, daß diejenigen, die auf solche Weise in den Besitz von Kirchengütern kommen, sie nicht behalten dürfen, sondern sich mit der Diözesanobrigkeit verständigen müssen, um von denselben einen der Absichten der Geber und den Regeln der Kirche entsprechenden Gebrauch zu machen.

Empfangen Sie, Herr Pfarrer, die Versicherung zc.  
 Leo Adolph,  
 Erzbischof von Paris.

Das Schreiben, das im „Echo de Paris“ vom 21. August veröffentlicht wird, beweist, welcher Rohheit und himmelschreienden Ungerechtigkeit die Liberalen und sozialdemokratischen staatlichen Kirchenräuber in Frankreich fähig sind. Wenn einmal die

**P. Gaspinger.**  
 Zur Jahrhundertfeier der Erhebung Tirols.  
 Von P. A. B. Schölb.

Wir leben im Zeitalter der „nationalen“ Phrasen; den Ultramontanen, d. h. den Katholiken wird immer und immer wieder der Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gemacht, wir werden antinationaler Gesinnungen geacht. Da ist es gut, daß man den „nationalen“ und patriotischen Mauthelden mit Tatsachen dienen kann, die beweisen, daß die katholischen Patrioten sind, nicht nur mit dem Munde, in Worten, sondern auch, worauf es vor allem ankommt, in der Tat. Sehr treffend sagt schon unser Alban Stolz: „Wer hat von jeher mehr Liebe zum Vaterland bewiesen als die Polen? Wer hat zuerst gewagt, mit den furchtbarsten Opfern von Gut und Blut gegen den gewalttätigen Napoleon sich zu erheben? Die Spanier. Welcher Volksstamm in Deutschland hat ohne Soldaten zuerst mit übermächtiger Kapazität das Vaterland gegen die Franzosen verteidigt? Die Tiroler. Wer hat in der Schweiz, während die liberalen Kantone teils feig und verätherlich am Vaterland den Franzosen sich unterwarfen, gegen diese ruchlosen Menschen sich mit übermenschlicher Ausdauer gewehrt? Das waren die Urkantone Schwyz, Unterwalden und Uri. Selbst im Badischen hat ein katholisches Gebirgsstamm, Stappetobach, selbständig sein Gebiet verteidigt und die eindringenden Franzosen hinausgeworfen. — Was sind aber die Polen, die Spanier, die Tiroler, die Schweizer in den Urkantonen, die altbadischen Katholiken? Das sind ja lauter gut katholische Volkstämme, durch und durch ultramontan.“ (Stolz, Kleinigkeiten, I. 553.) Durch und durch ultramontan, gut katholisch, „kerikal“ bis auf die Knochen, „schwarz“ trotz seiner

braunen Kutte, das war sicher auch jener Kapuzinerpater Gaspinger, der im Tiroler Freiheitskriege neben Hofer und Speckbacher eine Hauptrolle spielte. Die vorhin genannten Epitheta verbanden es nicht im geringsten, daß unter seiner rauhen Kutte ein warmes Herz in Lieb und Treue für sein Vaterland schlug, wie taum ein anderes.

Pater Joachim Gaspinger, geboren am 28. Oktober 1776 zu St. Martin im Gieß (im Rusterale), besuchte die Schule in Wogen, studierte Philosophie und Theologie in Innsbruck, war seit 1802 Kapuziner und wurde 1805 zum Priester geweiht. Schon 1797 als Student hatte er die Wälder beiseite gelegt und war gegen die Franzosen mitgezogen, und so litt es den kampfesmutigen Mann mit seiner jaugendlich-cholerischen Natur auch nicht in seiner Zelle, als das Sturmjahr 1809 herankam.

Nachdem das Land durch die siegreichen Aprilkämpfe von den Feinden befreit worden war, zog sich bald wieder ein schweres Gewitter zusammen, das sich über das Unterinnertal zu entladen drohte. Marschall Vesebre sollte Tirol unterwerfen. Schon hatte er wieder Innsbruck besetzt, und Greweltoten aller Art bezeichnen seinen Weg dahin. Ein Gefühl und ein Schauer befeelte alle Tiroler: Tod und Kampf den grausamen Tyrannen. In dem nun folgenden Kampfe erlitten wir zum erstenmal die Heidenform Gaspinger's. Die Kapuziner wählten ihn zu ihrem Schutzhauptmann. Das kam so. Pater Gaspinger war von seinem Mitterlein in Manzen zu ihnen an Pfingsten zur Aussöhnung gekommen und hielt eine flammende Predigt; er verlas dabei Hofers Aufruf und kniffte daran die Anforderung zum Kampfe für Gott, Kaiser und Vaterland. Die wehrhaften Männer sammelten sich, und der feurige Vater wurde von ihnen zum Hauptmann erkoren. So finden wir ihn denn in der Schlacht am 25. Mai als

Kommandanten des linken Flügels am westlichen Felsgelände gegen Natters und die Gallwiese zu, wo es an diesem Tage am heißesten berging. Mit dem Kreuz in der Hand hauchte er seinen Schären Mut und Todesbereitschaft ein. „Auch er war eines von jenen schwachen Menschen“, sagt Wada Weber, „die Großes bewirken durch richtige Auffassung der Notdurft für das Volk. Viele Vorzüge des Geistes mochten ihm fehlen, aber Popularität, Anhänglichkeit an Oesterreich und eine auf den kühnsten Hoffnungen ruhende Zuversicht ohne Begehren nach Gründen für seine Urteile und Meinungen halfen ihm über alle Schwierigkeiten hinweg.“ (Andreas Hofer und d. J. 1809, Innsbr. 1852, S. 77.)

Der linke Flügel löste glücklich seine Aufgabe nach Hofers Kriegsplan: „Wenn's die Voorn trefft's, haut's drauf los und werft sie's über'n Berg ab.“ Die Schlacht, die mentschieden blieb, wurde am 29. Mai erneuert.

„Das war ein Pater feuriger Art  
 Mit hellem Aug' und rotem Bart.“

Diese Worte sollten sich besonders an diesem Tage an Pater Notbart, wie Gaspinger scherzhaft genannt wurde, bewahrheiten. Wiederrum (Verlag. A. Menghin, A. Hofer und d. J. 1809, Graz 1909) war der Kampf auf dem linken Flügel, wo Gaspinger und andere Hauptleute, wie Felschölb und Ammann, standen, am heftigsten entbrannt. Nachdem sie endlich den Feind von den Höhen vertrieben und gegen das Innertal zu hinabgedrängt hatten, stürmten plötzlich die Bayern so heftig auf die erschöpften, schon vier Stunden im Kampfe stehenden Schützen Gaspinger's ein, daß sie zu wanken begannen. „Wenn Sie die Liebenden nicht aufzuhalten vermögen, sind wir verloren“, rief Ammann dem Kapuziner zu. Das war wieder eine jener Situationen, die der Tätigkeit des Paters sozusagen ein charakteristisches

Gebräuge gaben. Wenn der unerfahrene Mönch im heftigsten Felsregen mit seiner hinreichenden Veredelsamkeit vor die Seinigen hintar, dann war er in seinem Elemente, und seine Worte wirkten ebenso zündend auf seine Landsleute, wie entnennend auf die Feinde.

Beranlaßt doch einmal tatsächlich zu Golling sein bloßes Erscheinen die Gegner, kehrt zu machen. Diesmal ergriff Gaspinger einige bei den Armen und rief: „Brüder! war das euer Versprechen beim Auszug und nach der Losprechung? Geht, ihr Meindigen! Vor Gottes Richterstuhl werde ich euer Ankläger sein!“ Sprach's, wandte ihnen den Rücken und eilte allein dem Feinde entgegen. „Mal Mal!“ rief es von allen Seiten, „unser Feldpater verläßt wir mit“, und alle stürmten wieder vorwärts. Im nächsten Augenblick drang auch schon ein Bayer mit gefälltem Bajonett auf den Pater ein. „Gib' ich dich!“ brüllte er. „Noch nicht!“ rief der Kapuziner und schlug mit seinem Stode das Bajonett weg. Sofort holte der Gegner zum zweiten Stöße aus. Armer Pater, nun ist's um dich gechehen! — Doch, da frachte ein Schuß dicht am rechten Ohre des Mönches; ein Schütze hatte seinen Stufenlauf auf die Schulter des Paters gelegt und den feindlichen Soldaten niedergeschossen. Nur Gaspinger's üppiger Notbart war durch den Schuß ein wenig verengt. Bald darauf fürmten die Tiroler mit erhobenem Gewehrkolben die Verglebe hinab, dem Feinde entgegen, Pater Gaspinger, nur mit seinem Stode bewaffnet, voran. Seine Todesverurteilung hatte keine Grenzen. „Für mich ist keine Angel gechehen“, war die Antwort, wenn er vor den faulenden Stigeln gewarnt wurde.

(Schluß folgt.)



Ersten im Staat sich nicht mehr scheuen, Stiftungen zu frommen Zwecken, leibhaftig Verfügungen gläubiger Christen, daß für sie und ihre Angehörigen das hl. Meßopfer darzubringen sei, einfach zu misachten und die Gelder für andere Zwecke zu verwenden, wenn das rechtmäßige Eigentum der Kirche, Gotteshäuser, die aus freiwilligen Gaben gläubig begeisterter Katholiken errichtet wurden, einfach durch einen Federstrich als staatliches Eigentum erklärt wird, dann tut man einer solchen Gesellschaft nicht mehr Unrecht, wenn man sie mit dem Namen staatlich privilegierte Mäurerbände belegt; dann kann man aber auch leicht voraussehen, daß ein solcher Staat, dessen Haupt der Grundsatz: „Gerechtigkeit ist das Fundament der Reiche“ ins Gesicht schlagen, sein eigenes Fundament untergräbt und eines Tages zusammenstürzen muß.

Dabei dürfen wir Deutsche e i n e s nicht vergessen; besonders wir Süddeutsche nicht. Schnellich schauen sowohl Liberale als Sozialisten bei uns über die westliche Grenze nach Frankreich hinein. Dort ist ihr Ideal in religiöser Beziehung. Dem ganzen Ministerium, unter dessen Verwaltung solche Ungerechtigkeiten begangen werden, gehört kein gläubiger Christ an, dagegen sechs Sozialisten — ob diese nun aus der Sozialdemokratie ausgetreten sind, so lange sie Minister sind, oder nicht, bleibt sich ganz gleich — alle übrigen sind Liberale. Liberale und Sozialisten haben demnach dort freie Bahn. Und wie auch in Deutschland, so sind sie in Frankreich nur einzig im Maß gegen die Kirche. Da entfalten sie denn auch auf diesem Gebiet ihre emsigste Tätigkeit, indem sie Krümmen auf Krümmen häufen und jeden religiösen Einfluß mit wütendem Haß zu unterbinden suchen. Unsere deutschen liberalen und sozialistischen Kirchenfeinde machen unterdessen kein Hehl daraus, mit welcher Sympathie sie diese Vorgänge verfolgen. Wenn sie die Macht hätten, wie Liberale und Sozialisten in Frankreich, wie jene würden sie —! Das aber soll unsere Sache, die Sache des gläubigen deutschen Volkes sein, das in dem Gottmenschen Jesus Christus sein Mittelpunkt alles Lebens sieht, daß diese Geister niemals die Macht bekommen in unserem deutschen Vaterlande. So oft sie es auch versuchen, sollen sie sich die Zähne an uns aufbeßen.

## Deutschland.

Berlin, 24. August 1909.

Zum Rücktritt des Fürsten Bülow schreiben die „Hamburger Nachrichten“: „Hätte Kaiser Wilhelm das Entlassungsgesuch Bülows abgelehnt, etwa mit der Entschiedenheit, mit der einst die Rücktrittsgesuche des Fürsten Bismarck von Kaiser Wilhelm I. niemals“ gewährt worden sind, so wäre Fürst Bülow noch immer Reichskanzler. Sein Rücktritt ist lediglich darauf zurückzuführen, daß er über das volle Vertrauen des Kaisers, das er bis in die letzten Novembertage des vorigen Jahres dessen hat, nicht mehr zu verfügen hatte. Die Kanzlerkrisis durch die Konfessionen oder durch eine Reichstagsmehrheit ist eine Fiktion (Erfindung), die erst konstruiert worden ist, nachdem zu erwarten war, daß ein Bülowsches Entlassungsgesuch bei der einzig und allein maßgebenden Stelle auf unüberwindliche Hindernisse nicht mehr stoßen würde; eine Fiktion, welche die Tatsache verschleiern soll, daß dem Fürsten Bülow nach der Novemberkrisis das Vertrauen und der Wille des Kaisers nicht mehr in ungeminderter Stärke zur Seite gestanden haben.“

Das ist ganz dasselbe, was wir immer gesagt haben. Die Kritik der „Frankfurter Zeitung“ an der Reichsfinanzreform und ihren Bewilligern ist alles andere als sachlich. Dieses demokratische Blatt, das sich mit schmerzlichen Bedauern an der Sonne der Gunst Bülows wärmt, sieht heute seine Aufgabe darin, die feigen Parteien, welche die schwere „Schuld“ tragen, daß das unglückliche Experiment Bülows mißlang, nach allen Richtungen hin herunterzureißen. Die „Köln. Volksztg.“ bemerkt vor einigen Tagen zu einer Rede des Prof. Spahn:

„Vielleicht ist es weder Herrn Professor Dr. Spahn noch der „Frankf. Ztg.“ bekannt, daß diese „rohe Form der Bezeichnung“ eine *conditio sine qua non* der verbündeten Delegationen für die Annahme der Bismarcksteuer war. Wir glauben, keine Inbidirection zu begehen, wenn wir hier

## Theater und Kunst.

Karlsruhe, 24. August 1909.

— Stadtgarten-Theater. Der verflorene Samstag brachte uns die Benefizvorstellung für Herrn Kapellmeister Rudolf Groß. Herr Groß hatte sich „Die lustigen Nibelungen“ von Oskar Strauß erwählt. Die Bursche-Operette wurde früher schon in Karlsruhe mit großem Beifall aufgenommen. Dem Inhalte nach schließt sie sich eng an die Nibelungenlegende an, nur fällt Siegfried nicht am Schluss, sondern verbleibt sich mit Brunhilde. Die Satire auf die altdeutsche Heldensage ist reich an Kontrastwirkungen, und wer am Samstagabend recht lachen wollte, kam auf seine Kosten. Musikalisch sind „die lustigen Nibelungen“ eine Parodie auf Richard Wagner. Herr Groß, der mit bestem Geschick dirigiert, erntete reichen Beifall, und seine zahlreichen Verdienste hatten auch die Damen nicht vergessen, die ihm nach dem zweiten Akt überreich wurden. Die übrigen Mitwirkenden trugen zum Gelingen der Aufführung viel bei. Genannt seien die Damen Johanna (Kriemhild), Richter (Ite) und Kainer, deren Stimme zwar anfangs etwas heiser klang, die aber in den „lustigen Nibelungen“ sich als Brunhilde, Königin von Jemland ebenso trefflich machte wie bei ihrem Benefiz am Donnerstag als Wiener Madl. Auch die kleinere Rolle des Neden Welfer war bei Fräulein Nelly Gisinger mit ihrer amüsierten Frische sehr gut ausgefallen. Ferner seien genannt Herr Gerold (Drachentöter Siegfried) und Herr A. Fischer (Grimmer Hagen). Herr Grogmann zeigte sich wieder als Meister in der Charakterrolle. Die Rolle des Königs Gunter gab er mit köstlichem Humor. Leider ließ die Beleuchtung am Samstagabend sehr zu wünschen. — Bei dem Gastspiel von Fräulein Alma Saccur am Sonntag war das Haus bis auf einige Logenplätze fast ausverkauft. „Die lustige Witwe“ von Lehár feßelt immer wieder das Publikum. Fräulein Alma Saccur, die die Titelrolle übernommen hatte, wurden bei ihrem Erscheinen lebhaftest Ovationen dargebracht. Man darf wohl sagen, daß die Rolle der Hanna Glawari hier noch nie besser vergeben war als an Fräulein Saccur. — Herr Reßni hatte als Danilo einen schönen Erfolg, ebenso Herr A. Fischer als

feststellen, daß bei den tagelangen Verhandlungen zwischen Vertretern des Bundesrats und der Reichstagsmehrheit seitens der letzteren als Hauptbedingung aufgestellt wurde: „Die als Ersatz für die Kontingenzsteuer nach dem Reichstages vorgeschlagene Wertpapiersteuer muß in ihrer Form möglichst roh und in ihrer Wirkung möglichst wenig den Charakter einer Ertragssteuer haben.“ Nur eine solche Steuer, die diese Eigenschaften besäße, d. h. eine solche, die „von roher Form nach von ungleicher Belastung“ war, galt im Bundesrat als annehmbar, weil die Steuer alle vermehren sollte, was als der Beginn einer Reichsreformsteuer auf Erträge von Wertpapieren angesehen werden konnte.

Das ist sehr interessant. Hören wir nun was die „Frankf. Ztg.“ dazu bemerkt: „Wenn das richtig ist, liegt die Sache so: Der Bundesrat hat in erster Linie eine sehr gute, gleichmäßig wirkende Wertpapiersteuer vorgeschlagen, nämlich die Nachlasssteuer. In zweiter Linie hat er sich — aus Gründen, die wir nicht näher untersuchen wollen — für eine solche Steuer, die die Vermögenssteuer und Steuerprojekte, die in dieser Richtung lagen, nur in „möglichst roher“ Form gebildet. Das Zentrum hat dem gegenüber nicht die selbstverständliche Konsequenz gezogen, die Nachlasssteuer anzunehmen, um die „rohe“ Steuerform entbehrlich zu machen; nein, es hat die allgemeine und gleichmäßig wirkende Wertpapiersteuer abgelehnt und den Bundesrat gezwungen, fast keinen einzigen Schuttposten zu schinden. Wenn die „Köln. Volksztg.“ diesen klaren Sachverhalt nicht so wendet, daß es beinahe ausreicht, als habe der Bundesrat dem Zentrum die Schuldsteuer gemauert, dann ist das ein recht robbulstische Verrennung der Tatsachen, die höchstens der Wille des armen Sünder entschuldigen mag.“

Die ganze Abulistik der „Frankf. Ztg.“ zeigt sich in der Behauptung, die Nachlasssteuer sei eine allgemeine und gleichmäßig wirkende Steuer gewesen. Eine solche grundsätzliche tendenziöse Behauptung kann heute nur noch ein horribler Feind der Tatsachen aufstellen und festhalten. Letzteren haben gegen die Nachlasssteuer bekanntlich alle Parteivertreter gestimmt mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der Linkliberalen.

Nennst das Frankfurter Völkchen die Nachlasssteuer deshalb eine allgemeine (!) und gleichmäßig wirkende Steuer, weil die näheren und ferneren Bestimmungen des Gesetzes von der Größe sich ihr mit Wichtigkeit hätten entziehen können? Wenn die „Frankf. Ztg.“ ihre Unschicklichkeit hätte beweisen wollen, so hätte sie es nicht besser tun können als sie es hier getan hat. Ihr Schmerz um ihren Gönner Bülow ist offenbar groß.

Sozialdemokraten unter sich. Der Genosse Verstein hat die schwere Sünde begangen, der Dresdener Parteitagresolution zum Trotz ins „Berliner Tageblatt“ und in das „Walt. Nimm mich mit!“ zu schreiben. Sofort nimmt ihn der „Vorwärts“ beim Ohr. Verstein aber schiebt dem „Vorwärts“ eine Entwidmung (in einem eingetragenen Brief, weil er offenbar nicht trauet), in welcher er sagt:

„Ich sehe mich nicht veranlaßt, der Redaktion des „Vorwärts“ über meine schriftstellerische Tätigkeit Rede und Antwort zu geben. Die nächsten zuständigen Instanzen hierfür sind der sozialdemokratische Wahlverein für Schöneberg, dessen Mitglied ich bin, und der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, dem der Schöneberger Verein angegeschlossen ist. Sollte also auf dem nächsten Sonntag stattfindenden Generalkonferenz des Verbandes Beschlüsse gegen mich ergehen werden, so wird man mich dort zur Antwort bereit finden. Inzwischen stelle ich es der Redaktion des „Vorwärts“ frei, den Artikel, den ich dem „Berliner Tageblatt“ zur Veröffentlichung überreicht habe, zur Kenntnis der Parteigenossen zu bringen. Da der Artikel sehr kurz ist, muß ich der Redaktion damit nicht unbillig sein. Die Bemerkung hinsichtlich der vom Nimm mich mit abgedruckten Artikel erkläre ich zunächst für eine Unschicklichkeit.“

Darauf antwortet der „Vorwärts“: „Genosse Verstein weigert sich also mit tapferer Miene, etwas zu tun, was wir nie von ihm verlangt haben. Wir haben nämlich, wie jeder bestätigen wird, der unsere geistige Notiz gelesen hat, mit feiner Seltigkeit gefordert, daß er uns über seine schriftstellerische Tätigkeit Rede und Antwort gebe. Wir werden uns hüten, wir sind ja gar nicht kompetent zu solchen Unterfangen! Genosse Verstein will uns strafen, indem er uns freilich, seinen Tageblatt-Artikel zu veröffentlichen. Wir sind hochachtungsvoll der Ansicht, daß wir solche Strafen nicht verdienen. Denn wir haben nicht behauptet, daß in dem Artikel, der, wie wir schon angedeutet haben, die höchstbedauerliche Mißhandlung des Verfasserschafts bei Begegnung der Friedensdemonstration der Kieler Genossen behandelt, irgend etwas Antijüdisches stehe. An der Sachlage, daß die Veröffentlichung im Berliner Tageblatt dem Dresdener Festzug widerspricht, wird durch diesen Umstand indes nichts geändert. Die Verstein'sche Bemerkung über Unschicklichkeit läßt uns trotz der Oben verteuft kalt.“

postvedrinischer Gesandter, Herr Grogmann als Negus und Fräulein Haden als Palacienne. Auch die übrigen Rollen waren gut besetzt. Die musikalische Leitung lag in Händen des Herrn Groß. — Fräulein Alma Saccur wird am Dienstag in der „Fiedermans“ und am Donnerstag im „Vogelhändler“ gastieren. Wir wünschen der Dame ein volles besetztes Haus.

## Kirchliche Nachrichten.

# Derrnals, 23. Aug. Gestern wurde hier das Kirchenpatrozinium, St. Bernhard von Clairvaux, gefeiert. Der Kirchenchor von Herrn Bach, der seine Mitwirkung bei der Feier zugesagt hatte, kam trotz des gütigen Wetters per Automobil. Diese Freundlichkeit und nicht weniger auch der schöne Gesang während des Gottesdienstes verdienen volle Anerkennung und herzlichen Dank. Die Festpredigt hielt der Pastoraltheologische Pfarrkurat Dausen von Schielberg, das feierliche Hochamt der zurecht in Derrnals weilende Herr Kaplan Karwita, ein Bruder des zweiten Bürgermeisters von Köln.

x Sulzburg, 22. Aug. Gestern wurde hier der Grundstein gelegt zur neuen katholischen Kirche. Der lange gehegte Wunsch der hiesigen Katholiken nach einem eigenen Gotteshaus beginnt sich damit zu erfüllen. Die heilige Handlung wurde durch den Herrn Dekan Beller von Bollrecht unter Anwesenheit vieler geistlicher Herren aus dem Bistum vollzogen. Im Jahre 1891 wurde hier zum ersten Male wieder seit der Reformation katholischer Gottesdienst gehalten. Die ersten Dienste die protestantische Gottesackerkapelle, die alte Klosterkirche. Die Zahl der Katholiken in hiesiger Stadt beträgt zurzeit etwa 250.

= Badersleben, 22. Aug. Das Befinden des Herrn Bischofs Dr. Schaefer, der an Rheumatisches Leiden, ist sehr ernst. Es sind öffentliche Gebete angeordnet worden.

Fälser Männerwallfahrt.

Reutenshausen, 22. Aug. Ein grau-schwarzer Himmel und Regen in Strömen, so fing der heutige Tag an. Wie wird das werden? Werden die Fälser Männer kommen oder werden alle Vorbereitungen umsonst sein und wird der Tag mißlingen? Das war die bange Frage. Aber es hätte keine Fälser Männer sein müssen. Trotz Regen und Wind kamen sie schon in der Frühe und sie

so lange Genosse Verstein nicht deutlicher wird. Vorläufig bemerken wir, daß uns mehrere Nummern des ordentlichen Senatsblattes Nimm mich mit mit dem Inhalt angeführten Artikel Versteins schon vor längerer Zeit von enttäuschten Genossen zugefand wurden. Eine dieser Nummern enthält zugleich das Protokoll des Genossen Verstein, der in einer redaktionellen Anmerkung den ungläubigen Lesern dieses Senatsblattes als Mitarbeiter vorgestellt wird.“

Im „Volksblatt für Anhalt“ wehrt sich der Genosse Reus gegen die „Leipziger Volkszeitung“, das bekannte sozialistische Parteiorgan. In auffälliger Druck bringt das anhaltische Sozialistenorgan eine von allen drei Redakteuren namentlich unterzeichnete und von den Vorsitzenden der Landes- und Kreisorganisation gegengezeichnete Erklärung, worin es die Darstellung der „Leipziger Volkszeitung“ von der Anhaltischen Landeskonferenz eine „beispiellos verlogene und gehässige“ fälscht und zu dem Schluss kommt:

„Wir erklären hierdurch ein für allemal, daß wir grundsätzlich darauf verzichten, mit der „Leipziger Volkszeitung“, solange ihre gegenwärtige Redaktion sich noch hält, zu polemisieren, weil uns und unseren Lesern im Lande der Eitel vor der Verlogenheit dieses Parteiorganes die Gefahr des Erdreichens zu nahe bringt. — Die Parteipresse im Reich sei daher ausdrücklich davor gewarnt, die Äußerungen der „Leipziger Volkszeitung“ für bare Münze zu nehmen, wenn wir in Zukunft zu ihnen schweigen.“

Man sieht daraus, daß auch Genossen der gleichen Ansicht sind wie wir, daß nämlich in der sozialistischen Presse viel Verlogenheit und Unehrlichkeit zu finden ist.

## Ausland.

Schweiz.

Der 3. schweizerische Katholikentag in Zug hat am Sonntag seinen Anfang genommen bei fröhlichem Regen, der den Versammlungen im Freien natürlich Eintrag tat. Trotzdem waren etwa 20000 Personen erschienen, gewiss ein glänzendes Zeugnis für die Schweizer Katholiken.

Frankreich.

Der Religionsrat tritt in Frankreich häßliche Blüten. In Oseret fand eine Militär-Schießübung statt, bei der Figuren beschossen werden sollten. Statt dessen beschossen einige Soldaten ein Steinkreuz, in dessen Nähe Offiziere standen. 5 Offiziere wurden schwer verletzt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Neuerwachsenes religiöses Leben. Aus Paris wird dem „Kuzener Vaterland“ geschrieben: „Der „Matin“, der recht wenig für religiöse Interessen übrig hat, brachte gestern an der Spitze des Blattes einen interessanten Artikel aus der Feder seines bekannten Mitarbeiters Jean d'Orsay, ebenfalls nicht des Materialismus verdächtig, der die Tatsache konstatiert, daß nicht nur in der Bretagne, in Flaubert oder in den anderen gläubigen Gegenden Frankreichs, sondern in allen Teilen der Republik das religiöse Leben, das nach dem Jesuiten, der Spiritualismus niemals in der Seele der Franzosen so allgemein vorhanden war als gerade jetzt.“ So mancher, schreibt Jean d'Orsay, der die Himmelslichter löst, ändert sie im Geheimen wieder in seinem eigenen Bewußtsein an, und man kann die Kirche noch so viel vom Staate trennen, man wird diese unüberwindliche Neigung der Zeitgenossen gegen das unerwünschte Göttliche und das Geheimnis der Dogmen nicht verhindern können.“

Noch wertvoller und hoffnungsvoller klingt aber folgende Feststellung im „Vorwärts“, „Matin“: „Die vierzig Jahre Republik haben das Werk der Laizisierung dieses Landes stark fortgeschritten lassen, und die letzten Ereignisse haben anscheinend einen Abgrund zwischen den Beamten Gottes und jenen der Menschen geschaffen. Es wäre aber ein sehr energiegelbter Materialismus, wollte man annehmen, daß, weil die Kultusbehörden nicht mehr staatliche Gelder beziehen, das französische Volk auf einen Schlag sich von den göttlichen Dingen abgewandt habe. Weder man in den Schulen und Gerichtshöfen das Kreuzig wegnimmt, das hat höchst untergeordnete Bedeutung. Die Kinder werden vielleicht weniger den Katechismus hören, die Soldaten nicht mehr zur Messe gehen und die Wähler einen Freidenker wählen, es gibt aber in Frankreich noch andere Leute als Schulmeister, Soldaten und Mitglieder von Wahlkomitees.“ Schlafendes Frankreich, so wache denn auf! — möchte man dazu sagen.

wurden nicht enttäuscht. Die aus den entgegengesetzten Orient waren die ersten. Die Männer von Brühl und Reich waren schon zum vormittägigen Gottesdienst da. Mit gespanntester Aufmerksamkeit lauschten sie den Ausführungen des Herrn Prof. Loenach aus Frankfurt a. M. und ihre leuchtenden Augen veränderten deutlich, daß er ihnen aus den Herzen und von den Herzen sprach, als er ihnen das Glück des Glaubens schilderte, das da ist ein Glück in dem Leben, das Kraft in dem Kampfen und ein Glück in den Sorgen des Lebens. Um halb 12 Uhr war das leuchtende Hochamt zu Ende und mächtig tönte das „Große Gott“ durch die Hallen der neuen Kirche aus den Reihen begeistert katholischer Männer. Inzwischen hatte auch der Himmel seine Schleusen geöffnet, ob uns zu wogte sich sogar ein Sonnenblitz durch den Wolkenhimmel und die Zeit des Nachmittags-gottesdienstes nahte. Von allen Seiten kamen jetzt die katholischen Pfälzer Männer herbei: Von Seckenheim und Weckhausen, von Ebingen und Adenau, von der Rhein- und Friedriehsberg, von Seckenheim und den drei „Sachsen“, von Sulzbach und Dörsheim, das schon in der Frühe seine Männer teilweise gefandt und selbst von Schriesheim kamen sie, trotz der „Herr“. Als dann kurz nach 2 Uhr der Prediger die Kanzel betrat, um die Freunde des Glaubens, die Unwissenheit, die Eige und die Unstillsichtigkeit zu behandeln, da konnte sein Auge die Halle der Kirche gefüllt sehen von Männern — ein imposanter Anblick! Und nachher die Prozession mit dem Allerheiligsten durch die Anlagen des Kirchenplatzes. Etwa 500 Männer wurden gezählt. Alle in der andächtigsten Haltung, factamentale Wiederfindung, im Zuge die Fahnen der einzelnen Vereine. — Die Engel des Himmels müssen ihre Freunde daran gehabt haben an dieser imposanten Kundgebung katholischen Lebens und katholischen Glaubens. Nach der Andacht hockte sich die ganze Männergarde, die Kapelle Weckhausen an der Spitze, zur Brauerei der Geschieder fürder, wo sich bei den Klängen der Musik bald ein reges Festleben entwickelte. Nichtsdestoweniger aber fand der Festredner, Herr Obersteuerrat Kirchhain, ein sehr aufmerksames und dankbares Publikum, als er die Pflichten des katholischen Mannes in warmen Worten schilderte. Weit vor für viele der Herweg gewesen, und weit deshalb auch die Rückreise und nur zu bald mußten die Männer wieder an den Aufbruch denken. Wie sie gekommen, zu Fuß, per Bahn oder auf Reitwegen wie die Prüfler, traten sie den Heimweg an. In ihren Herzen aber lebte die Erinnerung an den heutigen Tag fort und das Feuer, das in ihnen entzündet wurde, brennt weiter. — Auf Wiedersehen im nächsten Jahr!

Ein freies Wort. Das in Bordeaux erscheinende, von dem Kardinal-Erzbischof Andrieu inspirierte Blatt „Mauritaine“ schießt, wie folgt, einen Pfeil über die „Mehrmehrheit des Angehörigen gegen die ungeredete Gelehrte“.

„Mögen die Katholiken auf die große Stimme lauschen, die sie zum Widerstand drängt! Sie haben das Recht für sich und sie haben auch die Ehre der Zahl, die nur durch ihre Wirkung nicht lebt, weil sie nicht organisiert ist, aber sie muß es um jeden Preis werden und wird es mit der Zeit auch werden; dann führen alle Hindernisse vor ihr zusammen. Ist man erst so weit, sich nicht länger mit vereinzelten Anstrengungen zu begnügen, so weit, daß die Katholiken aller Parteien, ohne daß jemand das Opfer seiner politischen Überzeugung bringt, sich eng verbinden auf dem gemeinsamen Boden der Verteidigung ihres Glaubens und ihres Kultus, dann wird es aus sein mit den bösen Gelehrten.“

England.

Die indische Gefahr. Die „Reynolds Newspaper“ schreiben, wie wir in „Deutschen Volksblatt“ lesen, daß im englischen Staatssekretariat für Indien schwerwiegende Neigungen eingelaufen sind. Die englischen Behörden sind eifrig beschäftigt, die Regimenter der angloindischen Armee zu vervollständigen. Die Mannschaften, deren Dienstzeit abgelaufen ist, werden inständig aufgefördert, in der Armee zu bleiben. Die in Urlaub in England befindlichen Offiziere erwarten jeden Tag ihre Rekrutierung. Man erwartet gerade keinen bewaffneten Aufstand der Indier, aber die Unzufriedenheit und die Agitation der indischen Völkerschaften ist in letzter Zeit so weit gestiegen, daß Vorfallsregeln nicht verfehlt erscheinen. Dementselbst aus Kalkutta mußten wieder von Vientenaten gegen englische Beamte zu berichten. Eine rüstig verlaufene, aber deshalb umso eindrucksvollere Kundgebung feierte vor wenigen Tagen in Kalkutta den Jahrestag der Boykottierung der Indier gegen englische Waren. Diese Festsetzung ist es, die die größte Gefahr für den Bestand der englischen Herrschaft in Indien darstellt. Es gibt keinen Ort im Lande, der nicht eine Abneigung gegen die englischen Behörden in ruhiger, aber bestimmter Weise zum Ausdruck bräuhet. Die Regierungsbeamten können sich nur noch auf die eingeborene Armee verlassen, die bis jetzt trenn geblieben ist. An dem Tage aber, an dem die Truppe und die Disziplin dieser Truppen zu wanken beginnt, ist das Ende der englischen Herrschaft in Indien gekommen. Diese Möglichkeit aber rückt immer näher heran, je mehr die antienglische Bewegung in Indien an Boden gewinnt.

## Baden.

Karlsruhe, 24. August 1909.

Die Brauereierhöhung und die badische Regierung.

Wie bereits gemeldet, wurde am letzten Freitag von Herrn Finanzminister Graf. Honsell im Beisein des Herrn Ministerialdirektors Geh. Rat G. Müller eine Deputation der bad. Groß-, Mittel- und Kleinbrauer empfangen. Diese Abordnung ist, wie wir jetzt von untermittelter Seite erfahren, in der von uns bereits angebotenen Weise vorstellig geworden.

Für die bad. Brauer, so führte die Deputation aus, sätze 3. H. die brennende Frage die mit dem 1. August in der norddeutschen Brauereigenossenschaft und in Glatz-Bohmen in Kraft getretene Erhöhung der Liebergangsabgabe. Ihrer Bemessung wurde bekanntlich nach dem von Bundesrat ausgeprochenen Grundsatze ein Maximalverbrauch von 25 kg pro Hektoliter Bier zu Grunde gelegt. Dieser hohe Satz entspreche nun unbedeutendern tatsächlichen nicht mehr dem wirklichen Malzverbrauch und bedente so in Wirklichkeit einen ungerechtfertigten Zuschlag. Dies werde auch indirekt von der Regierung anerkannt, indem sie die Milderung nach einem weitaus geringeren Malzverbrauch bemesse. Dieses Verhältnis zwischen Liebergangsabgabe und Milderung trete immer trasser und schädlicher zu Tage, je höher die Steuerhöhe in den einzelnen Bundesstaaten angelegt werden. Dadurch würden immer intensiver vor allem viele oberbad. Brauereien, die zum Teil ihren Hauptabsatz im Glatz hätten, und auch Mannheimer und Heidelberger Brauereien, die nach Hessen und der Pfalz exportieren, getroffen. Dem ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Brauereien des Exportlandes, welche lediglich den Schatz der hohen Liebergangsabgaben genießen und bedeutend billiger produzieren, werde dadurch sehr in Frage gestellt. Diermit entließ die bad. Brauer die übrigen badischen Brauereien die Gefahr, daß die Exportbrauereien den Ausschlag durch inländischen Absatz ausgleichend suchen, um ihren Betrieb anzukündigen. Dadurch würde dann ein unheilvoller Konkurrenzkampf innerhalb Badens beanspruchbar, der viele Ertrinken vernichten dürfte. Sollte es inbezug nicht möglich sein, beim Bundesrat eine grundsätzliche Milderung in der Bemessung der Liebergangsabgabe herbeiführen zu können, so könne die Regierung der einheimischen Brauereien dadurch an die Hand geben, daß auch die Milderung analog nach dem Satz von 25 Kilo Malzverbrauch pro Hektoliter bemessen wird. Denn es könne der Staat hoch sehr wohl die Preisermäßigungen, die auf der einen Seite durch zu hohe Veranlagung der Liebergangsabgabe auf das eingeführte Bier ergäbe, auf der anderen Seite dazu verwenden, die einheimische Brauindustrie zu schützen und konkurrenzfähig zu erhalten.

Das Ministerium erklärte, durchaus nicht zu verfechten, daß diese Fragen zu ersten Bedenken Anlaß gebe. Es wies aber drauf hin, daß eine Herabsetzung vorerst nicht zu erwarten sei, da sich schon seit einer Reihe von Jahren die süddeutschen Bundesregierungen vergebens bemüht hätten, hierin Wandel zu schaffen. Was die Bemessung der Milderung anlangte, so werde das diesbezügliche Ertrüben der Deputation in Erwägung gezogen werden. Es sei hier nebenbei bemerkt, daß die badischen Brauer gelegentlich auch darin vorstellig werden wollen, es solle bei Ausfuhr von Fladenbier der Berechnung der Milderung das gleiche Raummaß zu Grunde gelegt werden, wie der Berechnung der Liebergangsabgabe.

Auf die Frage der Deputation, wie voraussichtlich in Baden die erhöhten Brauereierhöhen sich gestalten werden, erklärte der Herr Minister, darüber sei das Ministerium selbst noch nicht schlichtig, vorben und es könnte deshalb in dieser Beziehung auch keine sachdienlichen Mitteilungen gemacht werden. Sobald aber ein Beschluß im Ministerium über die Steuerhöhe ergäbe sei, würden die Interessen und zwar Groß-, Mittel- und Kleinbrauer beizugehen werden, um auch ihre Meinungen zu der Regierungsvorstellung zu äußern. Ueber die Steuererhöhung fand hierauf eine sehr anregende und eingehende Aussprache statt.

Dem Ersuchen der Deputation, den badischen Brauereifünftling in derselben Weise Stimmung zu gewähren, wie



te in § 8 des Reichsbrauereigesetzes vorgelesen sei, sagte der Herr Minister weitgehende Berücksichtigung zu.

**Preis, was helfen mag!**  
So fähig die „Bad. Landeszeitung“ nützlich gegenüber einer ganz einwandfreien Agitationsarbeit des Zentrum. Mit vollem Rechte aber können wir diese Heberischeit loben, um richtig zu charakterisieren, was der „Bad. Volkszeitung“ in Nr. 702 aus Baden beichtet wird. Es heißt da:

„Gegen einen Antrag aber muß entschieden Widerspruch erhoben werden, der nun sich da und dort einbürgern zu wollen scheint, daß nämlich liberale Beamte, welche mit dem Willen der Steuererhebung beauftragt sind, auf Befehl der indirekten Steuern erklären: Das habe ich beim Zentrum und den Steuerbeamten zu verzeichnen. In einer derartigen Stimmungsmache sind denn doch die staatlichen Beamten nicht da. Darüber wird mit der Regierung im Bund ein erstes Wortlein zu reden sein, wenn dieses Schreiben nicht aufhört.“

Hoffentlich wird ein sehr ernstes Wortlein geredet gegenüber derartigen Treibern. Wir möchten aber meinen, es sei noch besser, man wende sich alsbald beschwerend an die vorgesetzte Behörde derartiger liberaler Agitatoren, die glauben, ihre Dienstpflicht nicht zu politischer Agitation benützen zu dürfen. Die Zeiten sind in Baden vorbei!

**Essentielle Anfrage an Herrn Eigenlaub betr.**  
Herr Gewerkschaftssekretär Eigenlaub schreibt uns: Unter diesem Stichwort wendet sich der „Volksfreund“ in Nummer 192 an meine Adresse mit der Anfrage, ob ich an der im Monat Dezember vorigen Jahres abgehaltenen Professorengemeinschaft gegen die Tabaksteuer zu unterstützen einen Brief verlesen hätte von dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Fehrenbach. Auf diese Anfrage, die der Korrespondent des „Volksfreund“ in Unterrombach — zu dem, wie es scheint der „Volksfreund“ das Wort verleiht — gerade so gut hätte beantwortet können wie ich, habe ich mit einem glatten „Ja“ zu antworten.

„Ja“ jetzt aber nur feste los „Volksfreund!“ Wieder Material mehr zum Beweise, als kein christliche Gewerkschaften Zentrumsgewerkschaften. Aber „verächtlicher“ „Volksfreund!“ Wie sieht es denn mit dem wahren Tatbestand der Deftinger Versammlung? Will er bald anerkennen, daß ich nicht über die „zentralistische“ Reichsfinanzreform sprechen wollte und daß nur einzelne Nebensätze mich die meinen recht wirtschaftlichen Mängel am Sprechen hinderten? Willigt es der „Volksfreund“, daß Gegner von Verammlungsmitgliedern einfach niedergeschrieben und niedergeschrieben werden?

**Herr Kolb in Gießheim.**  
Herr Kolb hat in Gießheim am Sonntag eine Versammlung gehalten, welche er gestern in seinem Blatte beweihräudert. Er rühmt sich, daß er sich besonders mit dem Abg. Welser befaßt hat, er habe ihn gehörig unter die Lupe genommen, schreibt er. Nun das glauben wir gerne, hat er doch schon vor längerer Zeit erklärt: wir werden alles daransetzen an Zeit und Geld, um den Welser aus dem Landtag zu bringen! Aber nur gemach Herr Kolb, nicht daß Sie die Rechnung ohne den Wirt machen. Auf unserer Seite will man den persönlichen Kampf möglichst vermeiden. Allein wenn es sich als notwendig erweisen sollte, den einen oder den andern der sozialdemokratischen Hebeln hinter die Lupe zu nehmen, so können auch wir das befragen. Den Abgeordneten Welser darf man ruhig unter die Lupe nehmen; er kann es ertragen und hat nichts zu fürchten. Was aber herauskommt, wenn man den Herrn Abgeordneten Kolb unter die Lupe nimmt — nun das wird man ja dann sehen. Der Genosse Bornmann in Weiskal, der dem Herrn Kolb entgegengetreten ist, hat gewiß keine Lupe gehabt und doch vor die Ausbeute schon groß genug, als er ihn mit unbedauertem Auge betrachtete. Das kann übrigens noch schon werden bis zum 21. Oktober, wenn Herr Kolb anfängt, mit der „persönlichen“ Lupe zu arbeiten. Aber das versichert wir ihm: geknickt wird ihm nichts, sobald er auf dem persönlichen Gebiet anfängt. Man wird ja sehen, wenn zuerst der Klem ausgeht.

Wir möchten aber jetzt schon feststellen, daß es dem Herrn Redakteur und Landtagsabgeordneten Kolb vorbehalten blieb, im Wahlkreis Welser die persönliche Note anzuschlagen. Herr Kolb darf versichert sein, daß wir nach wie vor fortfahren werden, das nichtredaktionelle Mitglied der Sozialdemokraten zu zerschellen. Der beste Beweis, daß unsere Verammlungen bei den Genossen gewaltig einfließen ist schon der, daß sie nach anderen Verammlungen schnellstens auch wieder eine nachfolgende lassen. Eine feindselige Freude zeigt Herr Kolb auch, weil einige ältere Leute in seiner Verammlungen gewesen seien. Jedemfalls waren einige Neugierige anwesend, denn sonst sind die Genossen eben nur gewohnt, das bekannte Publikum mit der roten Strömung und dem vorgeschriebenen sozialdemokratischen Alter vor sich zu haben. Verlangt wird nur eine kräftige Stimme und eventuell eine tüchtige Faust, mit welcher der Gegner von den richtigen sozialdemokratischen Grundwahrheiten überzeugt werden soll. Worten wir einzuweisen das Weitere ab.

**Zentrumsversammlung in St. Wasien.**  
St. Wasien, 23. Aug. Die Bewegung ob der Reichsfinanzreform hat ihre Wellen bis in unsere Gegend getragen. Man hielt es deshalb an der Zeit, angesichts der fortwährenden Entstellungen der gemäßigten Presse und um dem Unmut, der in der Bevölkerung möglichst dermaßen aus diesen falschen Darstellungen sich hätte entwickeln können, vorzubeugen, eine Versammlung anzubereiten, welche die Aufklärung über die Reichsfinanzreform zum Gegenstand hätte. Die geplante Versammlung fand am letzten Sonntag nachmittag im „Ochsen“ hier statt. Der Beginn von hier und auswärts war gut. Eröffnet und geleitet wurde die Versammlung durch Pfarrer Rapp. Sie nahm einen ruhigen Verlauf und bot viel des Belehrenden. Ersteres erklärte sich schon teilweise aus dem jeder überflüssigen Kämmerei abholenden Charakter unserer Bevölkerung; letzteres ist den gebaltreichen Ausführungen der Herren Redner zuzuschreiben. Das Hauptreferat hatte in dankenswerter Weise Herr Landgerichtsdirektor Dr. F. C. M. a. e. r. übernommen. In etwa zweistündiger Rede berichtete derselbe über die Geschichte, den Inhalt und die möglichen bzw. wahrscheinlichen Folgen der Reichsfinanzreform. Die sachlichen Ausführungen über die Lösung, welche durch die neue Reichsfinanzreform dem Problem der Finanznot des Reiches gegeben worden ist, dürfte bei der Aufmerksamkeit anlassenden Zubereitbarkeit manches Vorurteil zerstreut haben. Aus der Versammlung wurden einige Anfragen gestellt, die, soweit sie sachgemäß waren, vom Referenten beantwortet wurden. Leider machten die festgesetzten Preispositionen des ge-

ehrten Herrn ein längeres Verbleiben deselben und eine Beteiligung an der Diskussion, die er übrigens von vornherein nicht als wünschenswert beizugewinnen hatte, unmöglich. In der sich anschließenden Besprechung gelangte ein hiesiger Herr, Vertreter der Zentrumspartei hier, zum Wort. In fulminanter Rede belächelte er — auf unanfechtbares Zahlen- und geschichtliches Material sich stützend — die Anwürfe der Gegner, und hob insbesondere auf das heuchlerische Gebahren der Sozialdemokratie ab, welche dem Reich die nötigen Mittel verjagt, sich aber nicht scheut, aus der von den „Genossen“ erhobenen Weisheit Beträge behufs Unterstützung spanischer Nordbuben anzunehmen. Es war ein Genuß, dem Redner zuzuhören, die Hiebe sahen. Von den Nationalliberalen sprach Herr Apotheker Schülze, der in konzilianter Form, die sich vornehmlich gegen das Ärmern mancher — nicht aller — liberalen Mütter abhob, seine Ansichten vertrat, im übrigen aber den Ausführungen des Herrn Winkler volle Würdigung zuteil werden ließ. Nach einigen sachgemäßen Erörterungen seitens anderer Redner wurde die Angelegenheit, welche durch die Namen: Witter-Hörten gekennzeichnet wird, einer Erörterung unterzogen. Es gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heute im „Ochsen“ in St. Wasien aus allen Teilen des Bezirks zahlreich besuchte Zentrumsversammlung erhielt lebhaften Protest gegen den Versuch der Abg. Witter und Koenen, die Zentrumspartei in eine katholisch-konfessionelle Partei umzuwandeln. Die Verammlungen erwarten, daß die Partei auch fernerhin eine rein wirtschaftlich-politische Partei sein und bleiben will, allezeit bereit, für Wahrheit, Freiheit und Recht einzutreten. Nur so wird es ihr möglich sein, den konfessionellen Forderungen zu widerstehen und für das Reiches Wohl zu arbeiten.“

**Karlsruhe, 23. Aug.** Nach dem Jahresbericht der badischen Staatseisenbahnen pro 1908 beträgt die Eigentumslänge derselben Ende 1908 1694,25 km, die Betriebslänge 1746,69 km. In Betrieb sind 426 Stationen und 32 Haltestellen, wovon 283 bzw. 28 Bahnhöfe sind. Ende 1908 waren 815 Lokomotiven (774 i. V.) und 18 879 Wagen (17 327 vorhanden, d. h. 1954 Personen und 16 925 Lastwagen). Die Gesamtaufwendungen für die im Betrieb übergebenen Bahnen betragen 759 710 657 M. Das verwendete Anlagekapital stellte sich für 1 km Eigentumslänge auf 444 186 M. Die Gesamteinnahme des Bahnbetriebs betrug 1908 98 382 958 M. 16 Pfg., die Gesamtausgabe 84 531 971 M. 57 Pfg. Somit bleibt ein Restüberschuss von 13 850 986 M. 79 Pfg. gegen einen solchen von 27 764 894 M. 48 Pfg. i. J. 1907. Der Rechnungsabschluss der badischen Bodenbesammlungsanstalt weist eine Mehrausgabe von 53 037 M. 30 Pfg. gegen 9815 M. 34 Pfg. i. V. auf.

### Kleine badische Chronik.

**Karlsruhe, 23. Aug.** Die Bezirkskassenrollen sind ermächtigt worden, wegen Steuer- und Abgabenvergehen erkannte Ordnungsstrafen aus Müßiggangstrafen ganz oder teilweise, jedoch nur bis zum Betrage von 20 M., nachzulassen.

**Karlsruhe, 23. Aug.** Die Papentauer wurden aus dem Verzeichnis der jüdischen Friedhöfe gestrichen.

**Mannheim, 23. Aug.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Samstag abend am Kolosseum. Aus der Waldhofstraße kam ein Privatwagen auf der Mittelstraße in dem Momente herausgefahren, als ein Straßenbahnwagen vorüberfuhr. Der Führer und der Straßenbahnwagenführer wurden im letzten Moment zu halten; es war jedoch zu spät, der Privatwagen wurde von der Elektrischen angefahren und der Führer wie der ebenfalls auf dem Wagen sitzende 10 Jahre alte Sohn der Witwe Anton Müller, deren Mann ebenfalls an der Straßenbahn bedienstet war, wurden vom Wagen herabgeschleudert. Der Junge kam unglücklicherweise über die Elektrische zu liegen, die über ihn hinwegfuhr. Er wurde noch lebend aufgehoben, gab aber nach wenigen Minuten seinen Geist auf. Die Leogantide Schulpfängerin hatte ihm die Eingeweide herausgedrückt. Der Führer kam mit heiler Haut davon.

**Mannheim, 23. Aug.** Der 27 Jahre alte verheiratete Schneider Jakob Duder wurde heute nacht im Straßchen 1. Ersteren. Der Vater, der 13jährige Schwager Joh. Adam Erb von Rantenal, ist verheiratet. S. Baden-Baden, 23. Aug. Der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Altenburg haben heute die Stadt wieder verlassen.

**Sodsbach, 23. Aug.** Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich die letzte Woche auf hiesiger Gemarkung. Ein 10jähriger Knabe, der sich bei Neidhofsried über einen Hügel befand, wurde auf dem Wege mit Karrefels ausgemacht bestrahlt, wobei ihm beim Ausstoßen vom Schlege das jährliche Dörscherchen des Neidhofsrieds unter die Haue lief. Dem Kinde wurde der Schädel gespalten, was den sofortigen Tod des Kindes zur Folge hatte.

### Die neuen Wertpapiersteuern und die Karlsruher Stadtverwaltung.

Herr Bürgermeister Dr. Paul überfand uns folgende Zuschrift an den „Schwäbischen Merkur“ mit der Bitte, sie ebenfalls abzugeben:

Karlsruhe, den 23. August 1909.  
An die Redaktion des „Schwäbischen Merkur“, Stuttgart.

In Ihrer Nr. 285 Abendblatt bringen Sie eine Notiz Ihres hiesigen Herrn Korrespondenten über die Belastung der Stadt Karlsruhe durch die Zalonsteuer. Es ist in dieser Notiz der Sachverhalt so dargestellt, als sei von Oberbürgermeister Siegrist und mir behauptet worden, die Stadt habe jährlich 30 889 M. an Zalonsteuer zu tragen und „für die jetzt vorhandenen 40 Millionen städtischer Schulden belaufe sich die Zalonsteuer allerdings durchschnittlich nur auf jährlich 3977 M., wenn man aber 30 Jahre lang jährlich 4 Millionen Schulden dazu mache (im ganzen also noch 120 Millionen), dann komme im Behaltungsstand doch eine jährliche Zalonsteuer von 30 889 M. heraus.“

Es ist hierbei Ihren Herrn Korrespondenten ein wesentlicher Irrtum unterlaufen. Weder von Oberbürgermeister Siegrist noch von mir ist je behauptet worden, die Stadt habe 30 889 M. an Zalonsteuer zu zahlen. In dieser Summe ist, wie sowohl aus der Notiz vom 27. Juli 1909, wie aus der meinigen vom 16. August 1909 deutlich zu ersehen, auch die Erhöhung des Effektivbetrags um 3 pro Zente enthalten. Bei Berücksichtigung dieser Steuer beträgt die sofort eintretende jährliche Mehreinnahme der Stadtkasse nicht, wie es nach den Darlegungen Ihres Herrn Korrespondenten scheinen könnte, 3977 M., sondern bei dem angenommenen Anleihebedarf von 4 Millionen Mark im Jahre weitere 12 000 M. — also rund 16 000 M. Zu dieser Summe käme dann die Mehreinnahme durch die Zalonsteuer für die neuen Anleihen, nämlich nach 10 Jahren um 6788 M., nach 20 Jahren um 5162 M. und nach 30 Jahren um 2954 M., zusammen 30 889 M.

Es gibt im übrigen ein schiefes Bild, wenn seitens Ihres Herrn Korrespondenten gesagt wird, die Stadt wolle 30 Jahre lang jährlich 4 Millionen Schulden (im

ganzen also 120 Millionen) dazu machen. Ich habe von einem Bedarf an Anleiheemitteln in dieser Höhe gesprochen, was im Hinblick auf die fortwährende Schuldentilgung mit einem Anwachsen der Schulden um diesen Betrag identisch ist. Es ist bei Berechnung des Betrags der Zalonsteuer auf diese Schuldentilgung selbstverständlich auch Rücksicht genommen.

Ich darf ergeben bitten, diese Verichtigung zur Kenntnis Ihrer Leser bringen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!  
Herr Dr. Paul.

An der Sache wird dadurch im wesentlichen nichts geändert. Es handelt sich in dem Artikel des „Schwäb. Merkur“ lediglich um den Formfehler, daß er nur von der Zalonsteuer sprach, während auch noch die Erhöhung des Emmissionszinses darunter zu rechnen war. Dieses lediglich formale Versehen ist auf die gedrägte Kürze zurückzuführen, mit der die Sache im „Schwäb. Merkur“ behandelt wurde. Genau wäre der Eindruck dieses Artikels kein anderer gewesen, wenn er auch in steuerrechtlicher Hinsicht vollkommen einwandfrei und den erwähnten Formfehler berichtigt hätte. Die Tatsache bleibt eben bestehen, daß der Herr Oberbürgermeister Siegrist in seinen Berechnungen, obwohl er von einer jährlichen Mehreinnahme von 30 889 M. sprach, durchschnittlich einen Zeitraum von 30 Jahren seiner Berechnung zugrunde legte. An dieser Tatsache wird mit allen Nebenankünften und Verichtigungen nichts zu ändern sein. Doch in dem Artikel des „Schwäb. Merkur“ nichts von der Schuldentilgung erwähnt war, ist unser Erachten für den Sachverhalt nicht zur Sache; denn jedermann weiß, daß eine Schuldentilgung erfolgen muß. Herr Bürgermeister Dr. Paul hat wohl mit Rücksicht darauf in seinem ersten Schreiben auch nicht von der Schuldentilgung gesprochen. Wenn nun Herr Dr. Ammon für 30 Jahre 120 Millionen neue Schulden berechnet, so ist auch an dieser Zahl kaum etwas zu berichtigen, da die Stadt Karlsruhe bei einem jährlichen Anleihe- und Bedürfnis von 1 Millionen jährlich in 30 Jahren 30 Millionen neue Schulden machen wird, wobei wiederum als selbstverständlich vorausgesetzt wird, daß auch ein Teil der früher gemachten Schulden abbezahlt ist. Wie unrichtig und ungenau aber eine Anleiheberechnung von jährlich 4 Millionen ist, dürfte der Herr Bürgermeister sofort einsehen, wenn er sich überlegt, daß in 30 Jahren ganz andere Verhältnisse herrschen werden als heute. Es wird unmöglich sein, auch nur eine annähernd richtige Durchschnittsberechnung für 30 Jahre aufzustellen; für etwa 10 Jahre würden wir uns das eher gefallen lassen.

Herr Bürgermeister Dr. Paul hat immerhin 120 Millionen, etwas mehr Mächtig in die Sache gebracht zu haben. Wir wissen nun, daß bereit die Stadt Karlsruhe nicht 30 889 M. neue Steuern auf Wertpapiere zu zahlen hat, sondern etwa 16 000 M. Ein weiteres Verdienst könnte sich der Herr Bürgermeister noch erwerben, wenn er auch in die Berechnung der Mehreinnahme nach 10, 20 und 30 Jahren vollständige Klarheit bringen würde, wie das jährliche Rechnungssumme zu den von ihm festgestellten Zahlen gekommen ist; denn ohne diese Angaben ist der Durchschnittswert doch immer mehr oder weniger auf Mutmaßungen angewiesen und eine sachliche Prüfung selbst dem Fachmann erschwert. Wir würden zu einer derartigen weiteren sachlichen Aufklärung gerne unseren Raum zur Verfügung stellen.

### Lokales.

Karlsruhe, 24. August 1909.

**Mordverbrechen und Selbstmord.** Welchen vormittag hat sich eine 40 Jahre alte, von Raubort (Oelreick) gebürtige Frau eines Arbeiters, die schon längere Zeit lebend ist, während ihr Gemann im Gefängnis war, in ihrer Wohnung in der Hauptstraße erschossen. Die Frau hatte vorher sich und ihrem Kinde mit einem Rasiermesser an den Handgelenken und Schläfen Schnittwunden beibracht. Das Kind, welches zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt ist, wurde in das städtische Krankenhaus, die Leiche der Frau in die Leichenhalle verbracht.

### Vermischte Nachrichten.

**Hd. Danzig, 23. Aug.** Der im Dienst des Rittergutsbesizers Garsinski stehende Chauffeur Głowacki unternahm mit einem Kollegen und zwei Bekannten in der vergangenen Nacht ohne Wissen seines Herrn eine Automobilsahrt nach einer vorangegangenen Anleihe. Da die Chauffeur, die betrunken waren, die Herrschaft über das Automobil verloren, rannte dieses gegen das Gitter über die Wolan. Der mitfahrende Chauffeur und ein Kellnerin erlitten, Głowacki und die andere Kellnerin wurden gerettet. Hd. Frankfurt a. M., 23. Aug. In Orienbach (Main) fand heute vormittag die Merdigung der sechs letzten Opfer des Unglücks an der Gerbermühle unter Beteiligung einer außerordentlich großen Menschenmenge statt. An dem gemeinamen Grab, das die Stadt Offenbach den unglücklichen Kleinen gewidmet hat, legte u. a. auch Oberbürgermeister Dr. Dulle einen Kranz nieder. — Der Anabe, der das große Unglück unwissentlich verschuldet, der 13jährige Valentin Schnell, hat jetzt eingesehen, daß er an dem Unheilverursacher herangeht. Der Hebel war übrigens nicht verschlossen, so daß den Anaben die Schuld nicht allein trifft.

**Hd. Frankfurt a. M., 23. Aug.** Wie die Blätter melden, wurde Geh. Ratrat Jacobi aus Homburg v. d. H. am Montag Mittag auf der Saarburg, als er dem Kaiser einen Vortrag hielt, von einem Ohnmachtsanfall befallen. Der Kaiser ließ den Herrn Jacobi in Begleitung seines Leibarztes in seinem eigenen Automobil nach seiner Wohnung in Homburg verbringen.

**Hd. Paris, 23. Aug.** Wie der „Matin“ aus Vignaux meldet, prägen die letzten Unbekannte mittelst Dynamits eine große Bagamachine in die Luft. Der Schaden ist bedeutend. Unter der Bevölkerung ist eine große Panik ausgebrochen. Das Verbrechen wird auf Maratiken zurückgeführt, welche bereits an den vorjährigen Unfällen beteiligt waren.

**Uffahrsfahrten.**  
Hd. Mannheim, 23. Aug. Man schreibt dem „Gen. Anz.“ Pauli Verfassung vom Kaiser. Patentante in Berlin haben die Fahrplanen Zügel u. Pöster hier eine neue Lenkare Zugmaschine, System Zügel, die als Wasser-, Land- und Luftfahrzeug ausgebildet und konstruiert ist, zum Patent angemeldet. Die Maschine erzeugt ihre Flugkraft durch Propeller und Fahnenpöster, besteht eine Höhen- und Niedersteuerung. Das Gas im Ballon wird während der Fahrt zum Speisen der Motoren verwendet. Die Erfindung des Herrn Zügel hat bereits 1895 dem Kriegsministerium vorgelegen, desgleichen am 1. Juli 1904, wo ein Modell in Berlin vorgeführt wurde. Wie wir hören, soll eine Aktiengesellschaft gegründet werden zur Fabrikation und Ausbeutung obiger Erfindung. Patent für alle Staaten in 20 und Ausland ist angemeldet. Mehrere englische Millionäre haben sich für die Erfindung schon sehr interessiert und die Modelle der Flugmaschine besichtigt.

**Hd. Karlsruhe, 23. Aug.** Graf Zeppelin hat das hiesige Krankenhaus verlassen und ist nach Friedrichshafen zurückgekehrt. Sein Befinden ist befriedigend.  
Hd. Friedrichshafen, 23. Aug. Mit der Fällung des „Z. 3“ wird erst am Mittwoch begonnen. Die Fahrt nach Berlin wird voraussichtlich in der Nacht zum Freitag erfolgen. Der Zweck der Landung des Luftschiffes in Witterfeld, von wo Graf Zeppelin die Führung übernimmt, ist bekanntlich der, daß das Luftschiff pünktlich zu

ber auf Samstag nachmittag 5 Uhr festgesetzten Zeit in Berlin eintrifft. Dem Besuch der Reichstags-Abgeordneten beim Grafen Zeppelin in Friedrichshafen geht am 6. September ein Besuch der Stadt Homburg voraus. Bis jetzt sind hundert Reichstags-Abgeordnete angemeldet.

**Hd. Witterfeld, 23. Aug.** Falls Graf Zeppelin bereits am 27. d. hier eintrifft, wird er bei dem Landrat des hiesigen Kreises Freiherrn von Bodenhausen Wohnung nehmen, jedoch ist die Möglichkeit vorzuziehen, daß Graf Zeppelin erst mit dem am 28. fallenden D-Zuge mittags hier ankommt. „Z. 3“ trifft am 27. d. hier ein, erhält eine Nachfüllung und wird in allen Einzelheiten nachgesehen.

**Furchtbare Explosion.**  
Hd. Genf, 24. Aug. Aus bisher unaufgeklärter Ursache entzündete gestern nachmittag in der hiesigen städtischen Gasanstalt eine furchtbare Explosion. Die Detonation war ungeheuer stark. Alle Fensterheben in den umliegenden Stadtvierteln wurden zertrümmert. Die ganze Gasanstalt stand im rauchigen Augenblick in Flammen. Bis gestern abend 8 Uhr wurden 3 Tote und 15 Verletzte gezählt. Die Zahl der Verammlungen dürfte 42 betragen. Sämtliche Opfer sind tödlich verbrannt. In den benachbarten Häusern wurden etwa 50 Personen durch Gasplünder verbrannt. Auf dem benachbarten Friedhofe wurden menschliche Gliedmaßen aufgefunden. Der Heizer der Gasanstalt hat einen Schädelbruch erlitten. Die Ursache der Explosion ist noch nicht genau festgestellt. Wahrscheinlich ist das Unglück auf die Explosion eines Apparates im Saale der Reinigungs-Apparate zurückzuführen. Eine zahlreiche Menschenmenge umlagerte die Unglücksstelle. Das Gebäude ist ganz zertrümmert, die benachbarten Häuser schwer beschädigt.

**Schwere Mordverurteilung.**  
Hd. Wien, 24. Aug. Das kroatische Organ „Narodny List“ berichtet über schwere Mordverurteilung in Dalmanien. Die Urteile sollen durch die schwere Hitze verurteilt worden sein. Die Zahl der Verurteilten wird von dem genannten Blatt auf 200 Soldaten und 10 Offiziere angegeben.

**Schiffungsluft.**  
Hd. London, 24. Aug. Der von Thne nach Bordeaux gehende spanische Dampfer „Serafina“ strandete in der Gegend von Ushant. Man glaubt, daß die Besatzung von 26 Mann ungenommen ist. Vier Leichen wurden bereits an Land geholt.

### Telegramme und neueste Nachrichten.

**Hd. Paris, 23. Aug.** In einem Hotel in Clermont Ferrand wurde Clemenceau von einem Unbekannten angehalten, der ihn fragte, ob er Clemenceau sei. Auf die bejahende Antwort sagte der Unbekannte: Hat man Ihnen auch mitgeteilt, daß ich hier bin, um Sie zu ermorden? Clemenceau antwortete mit einem Gelächter. Das Personal des Hotels nahm den Unbekannten fest und entfernte ihn. Man vermutet, daß er geistesgestört ist.

**Hd. Sofia, 23. Aug.** Nach Mitteilungen des Kriegsministeriums ist daselbst eine Drachmeldung eingetroffen, wonach am letzten Freitag abend bei dem Grenzposten Belite Patek, unweit des Dorfes Bunarichewo, türkische Patrouillen auf bulgarisches Gebiet vorgezogen sind. Es kam zu einem Zusammenstoß mit dem bulgarischen Grenzposten, der Verstärkungen heranzog. In dem Kampf wurden zwei Türken getötet, einer verwundet.

**Hd. London, 23. Aug.** Das Redeverbot der Kaiserin folgte gegen den englischen Abgeordneten Macdonald hat in den Kreisen der englischen Arbeiterpartei große Erregung hervorgerufen. Der Abgeordnete streifte Gardie auf die Wächter ausgebrochen, die Angelegenheit schon in den nächsten Tagen im Parlament zur Sprache zu bringen. Die deutsch-selbstischen Zeitungen benutzen den Zwischenfall zu heftigen Angriffen.

**Der Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei.**  
Konstantinopel, 23. Aug. In der Antwort auf die Kollektionen der Schutzmächte wird die Porte, wie der „Courrier d'Orient“ meldet, darauf hinweisen, daß es sich bei der Regelung der mazedonischen Verhältnisse um innere Angelegenheiten der Türkei handele.

Die Porte erinnert dabei die Mächte, die Souveränität der Türkei zu achten und der türkischen Regierung bei der Regelung der mazedonischen Frage freie Hand zu lassen, zumal die Absichten der Porte durchaus friedliche seien.

**Konstantinopel, 23. Aug.** Der Minister des Innern erklärte den Volkshäusern der Schutzmächte, die Streitfrage könne nicht unangeordnet bleiben. Die Form der Autonomie müsse geregelt werden. Der Eindruck der Diplomaten ist, daß die Porte wegen Kreta nicht drängen will. Auch in türkischen Kreisen nimmt man an, die Porte werde, um die aufgeregte öffentliche Meinung zu beruhigen, die freie Frage einwickeln lassen.

**Konstantinopel, 24. Aug.** Wie die Blätter melden, haben einige Votchschafter bei der Porte wegen des Bosphorus Vorstellungen erhoben.  
**Athen, 24. Aug.** Wie von hier gemeldet wird, verlangte das Exekutivkomitee von den Konfuln der Schutzmächte die Mäntung der Forts durch die internationale Besatzung, die zur Niederhaltung der griechischen Flagge gelangt war.

**Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorol. und Hydrogr. vom 24. August 1909.**

Das Minimum der gestern im Nordwesten erschienenen Depression ist bis zur nördlichen Nordsee weitergezogen, der Wirkungsbereich erstreckt sich aber nur bis nach Danemark und Nordwestdeutschland, wo trübes und regnerisches Wetter eingetreten ist. Ueber dem Binnenland hat sich hoher Druck mit einem Kern über Süddeutschland ausgebildet, infolgedessen ist hier das Wetter meist heiter geblieben. Die Temperaturen sind im Nordwesten gestiegen, sonst wenig verändert. Voraussichtliche Witterung: Zunahme der Bewölkung, später Regen, mäßig warm.

**Wasserstand des Rheines am 24. August 1909 früh**

Saarpfeiferinsel 2,41, gefüllten 1. Aehl 2,75, gefüllten 13. Marau 4,38, gefüllten 1. Mannheim 3,50, gefüllten 7.

### Tages-Kalender.

Dienstag den 24. August.  
Rath. Arbeiterversammlung (Verein) 9 Uhr. Versammlung mit Vortrag in der Wolfstraße. Verein abhänger Katholiken. Ortsgruppe Karlsruhe. 9 Uhr Versammlung im alkoholischen Restaurant, Karlsruherstraße 41.  
„Fidelitas“, Verein katholischer Kaufleute und Beamten. 9 Uhr Vereinsabend.

Wir bitten diejenigen unserer Leser, welche den Bad. Beobachter von einer Abgabe beziehen, die Bezugsgebühren rechtzeitig und pünktlich entrichten zu wollen, damit die Abgaben-Inhaber ihrerseits auch ordnungsgemäß abrechnen können.  
Die Geschäftsstelle des „Bad. Beobachters“.





**Seit Jahrzehnten**  
ist **Kathreiner's Malzkaffee** bestens bewährt.

Kaufen Sie keine Nachahmungen!  
Nehmen Sie nur das echte Paket!

Im Verlage der Unterzeichneten ist eben erschienen und kann durch dieselbe bezogen werden:

## Die Reichsfinanzreform

und

## die politische Lage im Reich.

Rede des Herrn Reichstagsabgeordneten  
**Dr. Behuter,**  
gehalten in der  
**großen Zentrumsversammlung in Offenburg**  
am 1. August 1909.

Der Preis beträgt für Einzelexemplare portofrei zugefandt **10 Pf.**, bei vorheriger Einsendung des Betrags. Bei Abnahme von **50 St.** kostet das Stück **5 Pf.**, bei **100 St.** **4 Pf.**, von **200 St.** an **3 Pf.** bei portofreier Zusendung.

**„Badenia“**, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei,  
Karlsruhe, Adlerstraße 42.

Statt besonderer Anzeige!



### Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unsern innigst geliebten, unvergesslichen Vater, Großvater, Schwager und Schwiegervater,  
**Otto Schnorr,**  
Oberlehrer a. D.,  
plötzlich, im Alter von 74 Jahren, in die Ewigkeit abzurufen. Wir bitten um stille Teilnahme.  
Karlsruhe, den 23. August 1909.  
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
**Otto Schnorr, Telegraphensekretär.**  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 25. August, vormittags 10 1/2 Uhr, statt. — Trauerhaus: Marienstraße 12 II.

### Bekanntmachung.

In einem Karlsruher Blatt erbietet sich durch Inzerat eine „Lehrerin“ hat aus Sachkenntnissen Magenleidenden aus Dankbarkeit unentgeltlich mitteilen wollen, was ihr von jahrelangen, qualvollen Magen- und Verdauungsbeschwerden geholfen habe. Dieses Inzerat rührt von einer in Karlsruhe lebenden Lehrerin her, welche auf Anfrage einen Briefwechsel mit dem Spitalärztlichen Magenkranken-Ärzt, der von Krausfeld aus vertrieben wird, verhandelt und darin u. a. angibt, daß sie nach jahrelangen, schrecklichen Magenbeschwerden schon beim ersten Gebrauche dieses Likörs Besserung verspürt und binnen kurzem durch dessen Gebrauch ganz geheilt worden sei.

Die von uns veranlaßte Untersuchung dieses Spitalischen Likörs Ombria-Nahabeda durch die Groß-Lebensmittelprüfungsstation hier hat jedoch ergeben, daß der fragliche Likör nur eine Art der zahlreichen im Handel befindlichen Kräuter- oder Bitterliköre ist, welcher durch Extraktion von Gewürz- und Bitterstoffen enthaltenden Pflanzenteilen unter Zusatz von Zucker und Weingeist gewonnen wird. Bekannt ist, wie wirkende Arzneistoffe in dem Likör nicht nachgewiesen werden, sobald die übrigen in dem Brief jener Zuzuschreiblerin selbst enthaltene Angabe bestätigt wird, daß dieser Likör weder Arznei noch Heilmittel ist.

Karlsruhe, den 19. August 1909.  
**Der Ortsgesundheitsrat:**  
Dr. Paul.

## Stadtgarten oder Festhalle.

Morgen Mittwoch, den 25. August, abends 8 Uhr,  
**Großes Doppel-Konzert**  
gegeben von der gesamten Kapelle des  
**Badischen Leib-Grenadier-Regiments.**  
Leitung: Königlich-Musikdirektor **Adolf Boettge,**  
und einmaliges Gastspiel des  
**Deutschen Opern-Ensembles,**  
Künstlervereinigung für gemischten Quartett-Gesang.  
Eintritt: Abonnenten . . . . . 40 Pf.  
Nichtabonnenten . . . . . 60 Pf.  
Sauptprogramm 10 Pf.  
Die Musikabonnementskarten haben keine Gültigkeit.  
Die Eintrittskartenberechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

Sixt. Madonna, in prachtvoll. Goldbarock. Rahmen, 120 cm hoch, 90 cm breit, unzugänglich für nur **120.-** zu verkaufen.  
**E. Werner, Herrenstr. 6, II., Hlth.**

Große eleg. eiserne **Kinderbettstelle,** neu, für nur **12.-** zu verkaufen.  
**E. Werner, Herrenstr. 6, II., Hlth.**

## Dampf-Bettfedern-Reinigung

Karlsruhe-Mühlburg.

Sorgfältige, fachmännische Behandlung jedes Auftrages, daher höchster, von keiner Seite erreichter Reinigungseffekt. Absolute Garantie für Gewicht und Qualität des Federmaterials. Abholung und Rücklieferung kostenlos Wohnung.

**Wilhelm Ruf, Tapezier- und Bettengeschäft,**  
Sebanstraße 6. Gegründet 1872.

### Stadtgarten-Theater Karlsruhe.

Dienstag, den 24. August 1909,  
abends 8 Uhr:  
Benefiz-Vorstellung für Herrn  
**Reg. A. Fischer.**  
Gastspiel von Fr. Alma Sartor.  
**Die Fledermaus.**  
Operette in 3 Akten  
nach Meilhac und Halévy's „Reveillon“,  
bearbeitet von E. Gagner und Richard  
Gené.  
Musik von Johann Strauß.

### Nächste Badische Invaliden-Geldlotterie

Ziehung 4. September  
2028 Bargewinne ohne Abzug  
**44.000 M.**  
1. Hauptgewinn  
**20.000 M.**  
327 Gewinne  
**15.000 M.**  
2600 Gewinne  
**9.000 M.**

Los à 1 M. (11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 50 Pf.)  
empfehlen Lotterie-Unternehmer  
**Strasbourg & Co.**  
Langestr. 107.  
In Karlsruhe: Carl Götz, Hebelstr. 11/15, Gebr. Göttinger, G. m. b. H., Kaiserstr. 60, H. Meyer, E. Winge, L. Michel, Chr. Frank, J. Dabinger.

### Stadt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder u. elegante  
**Wannenbäder.**  
I., II. und III. Klasse.

Für Damen und Herren geöffnet:  
Werktag vormittags 7-11 Uhr, nachmittags 1/3-1/2 Uhr  
und Sonntags vormittags 7-12 Uhr.

### Josef Simon, Triberg (Baden),

empfiehlt als Spezialität:  
**garantiert echtes Kirschenwasser.**  
Flasche M. 2.75.

### Divan.

Neue hoch. Sammetstufen mit Hochhaar von 45, 50, 60 Watt an, schöne Stoffdivan 33 Mk. Große Auswahl, und nur gute, solide, selbstgefärbte Arbeit unter Garantie. Kein Laden, daher billigste Preise.

**R. Köhler, Tapezier,**  
Schützenstraße 53 II.

### Junger Kontorist,

mit sämtlichen Bureauarbeiten vertraut und an selbständiges Arbeiten gewöhnt, sucht anderweitig Engagement.  
Angebote unter Nr. 498 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

### Zuschneiderei für Damen-schneiderei

Privat und Beruf.  
Gründliche Ausbildung im Zuschneiden, Aufstecken, Kostümieren nach unübertroffener neuer Methode. Näht für ungeliebte Damen, in welchen die Arbeit geschnitten, gerichtet und anprobiert wird. Schnittverkauf nach persönlichem Maß. Näheres durch Prospekte.

**M. Engeloff,**  
akadem. gepr. Zuschneidelerin,  
35 Waldstraße 35.

3-20 Mk. täglich können Per-sonen jeden Standes verdienen. Nebenverdienst durch Schreibarbeit, häusl. Tätigkeit, Vertretung, usw. Näher. Erwerbszentrale in Frankfurt a. M.

### Einige wenig gespielte Pianinos,

darunter von Blüthner, Schwabacher, sind zu 390 Mk., 425 Mk., 480 Mk., 650 Mk., 720 Mk. mit fünfjähriger Garantie zu verkaufen bei  
**Ludwig Schweisgut,**  
Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.

### Geld-Lotterie zur Ausschmückung der Hohkönigsburg.

Ziehung am 21., 22. u. 23. Sept. 1909 in Straßburg i. G.  
Preis des Loses M. 3.— Porto und Liste 30 Pf. Nachnahme 20 Pf. teurer empficht

die Geschäftsstelle des „Badischer Beobachter“, Karlsruhe, Adlerstraße 42.  
Bestellungen erfolgen am besten auf dem Abschnitt einer Postanweisung, die bis zu 5 Mark nur 10 Pf. kostet und sicherer als ein einfacher Brief ist.

### Frankfurter Börsenkurse vom 23. Aug. 1909.

<b>Staatspapiere.</b>	<b>Deut. Kurs</b>	<b>Amst. am. 4. Hk.</b>	<b>137.00 G.</b>	<b>Banker</b>	<b>137.00 G.</b>	<b>20/0 Söbalt. R. S. Sr.</b>	<b>72.25 G.</b>	<b>4 Bresl. Wöhr. Br. B.</b>	<b>99.50 G.</b>	<b>Unverzinsliche Kose.</b>
Deutsche 4% Reich	103.02.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	134.50 G.	Bayr. Bank Rindm.	134.50 G.	4 Losanische G. Fr.	117.70 G.	XVII (ant. 5.1903)	103.50 G.	Augsburger R. 7
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Berliner Handelsgef.	131.70 G.	6 Weich. G. n. 79 Hk.	101.50 G.	49. Hk. n. 5.1914	103.50 G.	Braunschweig. 20
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Darmstädter Bank	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 20
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Deutsche Bank	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 45
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Mittel. Kreditbank	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G.	4 Weich. S. n. 1912	98.40 G.	49. Hk. n. 5.1912	98.40 G.	Frankfurt. 10
4% Reichs-Anl.	95.20.50 G.	am 4/8 Hk. n. 9/1	131.70 G.	Ratib. i. Deutschl.	131.70 G					